

# Demokratischer Sozialismus oder 'humanisierter' Kapitalismus? : Die SPS nach dem Jubiläums-Parteitag

Autor(en): **Künzli, Arnold**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **8 (1988)**

Heft 16

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652447>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Demokratischer Sozialismus oder ‚humanisierter‘ Kapitalismus?**

### **Die SPS nach dem Jubiläums-Parteitag**

„Sozialismus bei den Sozialdemokraten suchen, nein, das hiesse, von einem Brombeerstrauch Bananen verlangen.“

Carl v. Ossietzky (1)

Auch Theobald Tiger, alias Kurt Tucholsky, hielt bereits fest: „Ob die Sozialisten in den Reichstag ziehen — ... is ja ganz egal.“ (2). Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz scheint sich, mit einem halben Jahrhundert Verspätung, die Kritik Ossietzkys und Tucholskys zu Herzen genommen zu haben. An ihrem Jubiläumsparteitag (100 Jahre SPS) im Oktober im Zürcher Kongresshaus jedenfalls war aus prominentem Munde mehrfach ein Bekenntnis zum „demokratischen Sozialismus“ zu vernehmen. Parteipräsident Helmut Hubacher begann den Bekenntnisreigen, als er die Delegierten zu einer Schweigeminute für die „verstorbenen Kämpfer für einen demokratischen Sozialismus“ aufrief. Genosse Bundespräsident Otto Stich, Finanzminister im kapitalistischsten Lande Europas, schloss sich dem *expressis verbis* an, und zwar gleich nachdem er die „Zauberformel“ und damit die bundesrätliche Konkordanzpolitik gepriesen hatte, da diese der SP im ganzen Lande mehr geholfen als geschadet habe. Beinahe-Bundesrätin Lilian Uchtenhagen konnte den Begriff „demokratischer Sozialismus“ gar nicht oft genug wiederholen, so sehr gefiel er ihr offenbar. Als der ebenso kluge wie engagierte afrikanische Philosoph Ki-Zerbo auf den sozioökonomischen Skandal, genannt Dritte Welt, hinwies und die Schweizer Sozialdemokraten warnte, die Ideologie der Bourgeoisie und des Weltmarkts könne „die Sozialisten kontaminieren (verseuchen)“, verwies die tüchtige Lilian ihn frohgemut auf den „demokratischen Sozialismus, wie wir ihn in den reichen Ländern entwickelt haben“. Auch der aus der Bundesrepublik angereiste SPD-Parteitheoretiker Thomas Meyer legte das Bekenntnis ab: „Wir als demokratische Sozialisten...“, um dann freilich auf Dahrendorfs These vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters zu kontern: „das Zeitalter des demokratischen Sozialismus hat eben erst begonnen“. Es ist immer beruhigend, ein „Zeitalter“ zu haben, auf das man sich verlassen kann.

Der langen Reden kurzer Sinn war: Sozialdemokratie ist demokratischer Sozialismus. Ebenfalls auf diesen Grundton eingestimmt war die „Dorfmusik“ auf dem Kongress, spielte sie doch als erstes die mitreissende italienische Revolutionshymne „Bandiera rossa“ — „evviva il comunismo e la libertà!“ —, und die „Internationale“ wurde während des Kongresses immer wieder durch die Lautsprecher geschickt: Delegierte, hört die Signale!

Freilich nahmen sich viele Genossinnen und Genossen auf dem Kongress nicht die Mühe, darüber zu diskutieren, welches die Wesensmerkmale und die definierten Ziele eines demokratischen Sozialismus am Ende des 20. Jahrhunderts in Westeuropa sein sollten. Einzig der Genosse Bundespräsident raffte sich zu einer Definition auf: Demokratischer Sozialismus meine, so behaupte er, eine „vernünftige Machtteilung“. Diese äusserst originelle Definition — man lernt nie aus — verwandelt Aristoteles, Locke, Montesquieu und die „Federalist“ zu demokratischen Sozialisten, haben sie doch alle über vernünftige Machtteilung nachgedacht. Bloss schade, Otto Stich sagt uns nicht, an welche Mächte heute zu denken und was unter „vernünftig“ zu verstehen sei. Begreife ich ihn wohl richtig, wenn ich der Ansicht bin, er habe in erster Linie an die Macht von Kapital und Arbeit gedacht? Dann wäre demokratischer Sozialismus also eine verbesserte „Sozialpartnerschaft“ in einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Demokratischer Sozialismus wäre demnach so etwas wie ein Kapitalismus mit menschlichem Antlitz. In der Tat gibt es wohl kaum eine bessere Formel, die regulative Idee der heutigen europäischen und damit auch eidgenössischen Sozialdemokratie zu beschreiben. Sie hat auch den grossen Vorteil, glaubwürdig zu sein. Schliesslich ist es eine probate Formel: Sozialismus ist Kapitalismus.

Allerdings sagte Otto Stich noch etwas, das diejenigen unter den Delegierten, die sich unter demokratischem Sozialismus mehr als nur eine sozialdemokratische Absegnung des bürgerlichen sogenannten Sozialstaates vorstellen, aufhorchen liess. Er plädierte für eine „demokratische Kontrolle“ der Wirtschaft sowie für eine Mitsprache, Mitbestimmung, Mitentscheidung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz. Ich zweifle nicht daran, dass unser Finanzminister das aufrichtig meint, aber einmal sind das alte Ladenhüter sozialdemokratischer Parteiprogramme; zweitens lehrt das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland, dass Mitbestimmung an den kapitalistischen Strukturen und Zwängen kaum etwas ändert; drittens unterliessen es die Protagonisten des Kongresses, das Thema zu diskutieren; und viertens war in diesem Zusammenhang bezeichnenderweise nie von Selbstverwaltung die Rede. Verständlich, denn Selbstverwaltung würde einen Bruch mit dem Kapitalismus bedeuten, während selbst eine echte Mitbestimmung auf Betriebs- oder gar Unternehmensebene bloss „Sozialpartnerschaft“ im Kapitalismus bedeutete, eine Partnerschaft von sehr ungleicher Machtverteilung. Drum halte ich es für einmal mit SP-Stadträtin Hedi Lang: „Die Sozialdemokratie ist keine Partei im Umbruch.“

\*

Oder doch? Da hatte sich eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich vornahm, „Perspektiven der Sozialdemokratie“ im 21. Jahrhundert zu formulieren. Das Resultat ihrer Arbeit wurde im Juni 1988 vorgelegt (3); es hat inzwischen in der Partei einige Kontroversen ausgelöst. Einige Grundeinschätzungen, die den „Perspektiven“ zugrundeliegen, seien kurz zusammengefasst (1988, S. 163 f):

Die SPS befindet sich in einer schwierigen Übergangsphase von der klassischen Arbeiterpartei zu einer auch von anderen Schichten getragenen Reformpartei. Der Einsatz neuer Technologien wird mehr Wohlstand und mehr Freizeit, aber auch permanente Arbeitslosigkeit und Einschränkung der individuellen Freiheit mit sich bringen. Der „wirtschaftlich-technologische Fortschritt ist in einen gesellschaftlichen Fortschritt umzusetzen.“ Markt, Plan und Eigentum dürfen nicht dogmatisiert werden, sie sind Instrumente, die „pragmatisch eingesetzt werden müssen.“ Aber „das Eigentum an Produktionsmitteln kann positive Funktionen erfüllen.“ Einerseits sollen diese positiven Funktionen sich entfalten können, andererseits sind unterdrückende Arbeitsformen „zu kontrollieren“ (!) „oder zu beseitigen“. Macht- und Herrschaftsverhältnisse sollen „zwar“ soweit wie möglich abgebaut werden, aber der Glaube an einen Königsweg zum gesellschaftlichen Fortschritt — „Abschaffung des Privateigentums, Null-Wachstum...“ — ist „letztlich gefährlich“. Die Veränderung der heutigen Industriegesellschaft kann „nicht mit einfachen Rezepten (Selbstverwaltung, Null-Wachstum, Dezentralisierung)“ bewerkstelligt werden. „Pro oder contra Wachstum ist eine falsch gestellte Frage“. Hingegen soll „ein sozial- und umweltverträglicher Einsatz der Technik ... zum gesellschaftlichen Fortschritt beitragen“. Einerseits bergen neue Technologien auch Gefahren in sich, andererseits soll der Staat technologische Impulsprogramme ausarbeiten. Der Staat wird in Zukunft „eine wichtige Rolle spielen“. Die SP muss sich deshalb auch „für einen starken ... Staat“ einsetzen.

68er, Feministinnen, Grüne sind in den „Perspektiven“ keine genügende Basis für eine sozialdemokratische Politik. Die Partei muss die Angestellten und die wissenschaftlich-technischen Kader ansprechen. Die Steuerung der Wirtschaft „ist ein pragmatisches und kein dogmatisches Problem“. Ein vermehrter Wettbewerb ist erwünscht. Die Forderung nach einem Minimaleinkommen ist abzulehnen. Die Programmatik endet mit einer nur höchst düftig verschleierten Apologie des Kapitalismus: Das Parteiprogramm von Lugano (1982), das auf die Forderung nach Selbstverwaltung zielte, enthalte Schwachstellen, zudem erscheine „die Kritik am ‚Kapitalismus‘ auf dogmatisch-marxistischer Grundlage als antiquitiert“. Eine „Unterbau/Überbau-Erklärung“ sei „zurückzuweisen“, und was die Dominanz des Kapitals über Gesellschaft und Politik anbelange, so bestehe diese „Tendenz“ zwar wohl, „der Kapitalismus wird aber für zu vieles zur Verantwortung gezogen...“

Stellenweise glaubt man, die NZZ zu lesen. „Kapitalismus“ wird mit Hilfe von Gänsefüßchen relativiert und verharmlost, ausserdem hat er bloss eine „Tendenz“ zur Dominanz. Im übrigen ist er nach Ansicht der Verfasser offenbar ein System der Brüderlichkeit. Diese Programmschrift besiegelt den Ausverkauf des Sozialismus in der Sozialdemokratie, die auf Technokratie, Staatszentrismus und Pragmatismus verpflichtet wird.

Die ganze Misere dieser Partei wird einem vollends bewusst, wenn man, sich die Augen reibend, liest, dass für den SMUV- und SGB-Präsidenten und SP-Nationalrat Fritz Reimann die „Perspektiven der SP“ zu weit vorausgesprungen“ sind (4). Toya Maissen hingegen fragte sich in der von ihr re-

digierten Parteizeitschrift „Profil — Rote Revue“, ob das Ende der Sozialdemokratie programmiert sei, oder ob es eine Chance gebe, dass die SPS ihre gegenwärtige Krise überwinde (5). Die Lektüre der „Perspektiven“ scheint sie nicht sonderlich optimistisch gestimmt zu haben, schreibt sie doch: „Die ‚SP-Arbeitsgruppe Perspektiven‘... wurde von Leuten ins Leben gerufen, die in ihrer Mehrheit dem gehobenen Mittelstand angehören und teilweise an verantwortlicher Stelle den Beamtenstatus haben. Das gibt ihren Gedanken, Thesen und Analysen eine ganz spezielle, andere Perspektive der Partei- und Zukunftsschau, als sie etwa ein Mitglied der Sektion Oberengadin oder Kleinhünigen hat. Die Autoren der ‚Perspektiven‘ sitzen im Zentrum der Macht, oder glauben dort zu sitzen, während ihnen die Peripherie wohl vor allem vom Hörensagen bekannt ist“. Aber das ist eben eine Überbau/Unterbau-Erklärung, und die ist zurückzuweisen. Toya Maissen kritisiert weiter die „orthodox-zentralistische“ und technokratische Sicht der Arbeitsgruppe, der deshalb der Verwurf nicht erspart werden könne, sich zu wenig für die sogenannte „Basis“ zu interessieren.

Die Perspektiven dieses SPS-Establishments — in dem wohl der Gewerkschaftsflügel dominierte — könnten grosso modo auch vom linken Flügel einer traditionellen bürgerlichen Partei akzeptiert werden. Ich sehe nicht, wie eine Brücke von diesen technokratischen Etatisten zu den Ökosozialisten in der Partei oder zu Internationalisten wie Jean Ziegler (6) oder der GSOA-Gruppe geschlagen werden kann. Von der sogenannten „Randgruppenpolitik“, die von der „grossen Mehrheit“ nicht verstanden werde, haben sich auf dem Parteitag eben noch Otto Stich und die grüne Stadträtin Ursula Koch distanziert. Geschweige denn, wie eine so gesplante Partei den Elan und die Kraft finden kann, ihre Ziele klar zu definieren und eine von diesen her gesehen glaubwürdige Politik zu verfolgen. Aber wo die Ziele fehlen, da stellt der Pragmatismus zur rechten Zeit sich ein. Dass Pragmatismus immer eine konservative, wenn nicht reaktionäre Politik ist, da er sich seine Normen vom Bestehenden borgt und sich dessen Herrschaftsverhältnissen beugt, ist natürlich wiederum nur eine Überbau/Unterbau-Erklärung, und die Autoren der „Perspektiven“ wissen wohl, warum sie eine solche strikt ablehnen. Ich erlaube mir hingegen, die leise Vermutung zu äussern, dieser Pragmatismus sei nur eine Ideologie zur Verschleierung des sozialdemokratischen Identitätsverlustes und damit des Unvermögens, der Partei ein politisches Profil zu geben und sie auf eindeutig definierte Grundwerte und -ziele zu verpflichten. Mit einem Fuss steht der Pragmatismus, wie er hier angepriesen wird, tief im Berner Filz, und alles Gerede von einem „demokratischen Sozialismus“ wird auf dem Hintergrund dieser „Perspektiven“ zu eitel Augenscherelei. Es gibt keinen Sozialismus, in welcher Form auch immer, ohne radikale Aufhebung der nicht demokratischen Verfügung Privater über die Produktionsmittel. Dass diese Voraussetzung allerdings noch keinen Sozialismus ausmacht, ist heute wohl eine Binsenwahrheit.

\*

Ist es deshalb „janz ejal“, ob die SP in der Schweizer Politik noch eine Rolle spielen wird? Gewiss nicht. Sie hat in den hundert Jahren ihres Bestehens den bürgerlich-kapitalistischen Staat und seine Gesellschaft im Rahmen des Möglichen sozial ausgepolstert und sich fast immer für die Wahrung der Grundrechte und -freiheiten geschlagen. Sie hat zweifellos eine beachtliche Erfolgsbilanz auszuweisen, insbesondere was die Sozialpolitik anbelangt. Aber diese politische Bilanz hat ihre Kehrseite: Mit ihren Erfolgen hat die SPS auch entscheidend mitgeholfen, das kapitalistische System über seine Krisen hinwegzuretten und am Leben zu erhalten. Als glaubwürdige Alternative zum Kapitalismus ist die Sozialdemokratie längst tot, und ich zweifle, ob Wiederbelebungsversuche Erfolg haben könnten. Die Grundfrage, vor die die sozialdemokratischen Politik heute gestellt ist, die aber bezeichnenderweise am Jubiläumsparteitag nicht diskutiert wurde, lautet: Ist es angesichts der uns heute bedrängenden globalen und fundamentalen Gefahren und Risiken noch sinnvoll, erfolgversprechend und verantwortbar, diese Gefahren politisch innerhalb des bestehenden bürgerlichen Systems zu bekämpfen? Oder perpetuiert dieses System diese Gefahren nicht notwendig in einem Masse, dass deren erfolgreiche Bekämpfung vernünftigerweise nur von einem Bruch mit diesem System und damit von einem Alternativsystem erwartet werden kann? Dafür wäre, falls diese Frage bejaht würde, ein Programm auszuarbeiten, das in einem demokratischen Sozialismus nicht eine fragwürdige Teilung bestehender Macht, sondern deren Abschaffung in Form einer radikalen Demokratisierung anstreben müsste. Vielleicht wird der ausserordentliche Parteitag im nächsten Jahr, an dem die Partei Stellung zur Initiative „Schweiz ohne Armee“ beziehen soll, eine Gelegenheit bieten, über diese Grundfrage zu diskutieren.

## **Anmerkungen**

- 1) Carl von Ossietzky in: Weltbühne, 1. Halbjahr, 1929, 769.
- 2) Theobald Tiger in: Weltbühne, 1. Halbjahr, 1929, 752.
- 3) Vgl. die Rezension von B. Degen in diesem Heft: Hans Werder/Ruedi Meier/Peter Müller (Hrsg.): Sozialdemokratie 2088. Perspektiven der SPS im 21. Jahrhundert. Basel 1988.
- 4) Fritz Reimann: ‚Perspektiven der SP‘ — zu weit voraus gesprungen. In (3) 41 ff.
- 5) Toya Maissen: Sozialdemokratie 2088: Wie machen wir weiter? in Profil — Rote Revue, Nr. 10, 1988, 2 ff.
- 6) Für unseren Zusammenhang s. Jean Ziegler: Genossen an der Macht. Von sozialistischen Idealen zur Staatsräson. Frankfurt 1988.